



Fotos: Phil Dera für DIE ZEIT



Die Vertreter der großen politischen Parteien nutzten das ZEIT Wirtschaftsforum, um ihre Positionen für die nächste Legislaturperiode deutlich zu machen. Von links: GRÜNEN-Spitzenkandidatin und Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt, Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg und stellvertretender SPD-Vorsitzender, Ministerpräsidentin des Saarlandes, Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki, Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE, und Joachim Herrmann (CSU), Bayerischer Innenminister

Bildung macht uns stark

Wie machen wir Deutschland fit für die Zukunft? So lautete die übergreifende Frage auf dem ZEIT Wirtschaftsforum. Darauf hatten die geladenen Politiker, Unternehmer und Experten ganz unterschiedliche Antworten. Doch in einem waren sie sich einig: Der Zusammenhalt der Gesellschaft muss gefördert werden.

Gleich vorweg: Bildung war das wichtigste Thema der politischen Runde, an der prominente Vertreter aller großen Parteien teilnahmen. Schon lange würde allerdings viel darüber geredet und zu wenig unternommen, um diesen abstrakten Begriff mit Leben zu füllen. Den Vorwurf wollte Hamburgs Erster Bürgermeister und stellvertretender SPD-Vorsitzender Olaf Scholz nicht auf sich sitzen lassen. Er warb dafür, Aktivitäten, die in

der Hansestadt bereits umgesetzt werden, auf das ganze Land auszuweiten: mehr und kostenlose Kita-Plätze schaffen, die Schulen besser ausstatten, Schulabgänger unterstützen und in Ausbildung bringen. Die Ausgaben für all das hatte er bereits auf den Bund hochgerechnet. Den würden diese Bildungsmaßnahmen etwa 100 Milliarden Euro kosten. Da trat die CDU-Ministerpräsidentin des Saarlands, Annegret Kramp-Karrenbauer, auf die Bremse und warnte davor, Geld zu verteilen, bevor man es erwirtschaftete. Schließlich beteilige sich der Bund bereits verstärkt an den Bildungsausgaben, war ihre Antwort auf die Bildungsfrage. Entgegengesetzter Meinung war Sahra Wagenknecht, LINKEN-Fraktionsvorsitzende. Sie bescheinigte der Bildungspolitik ein Armutszeugnis. »Bildung ist uns nicht genug wert«, sagte sie. Es fehlten 60 Milliarden Euro, die Ausbildung

sei zu schlecht und die Schulen leisteten zu wenig. »Jedes Kind soll die gleichen Chancen haben«, so ihr Credo zum Thema.

»Soziale Frage des Jahrzehnts«

Während vor allem von CSU-Spitzenkandidat Joachim Herrmann das Thema innere Sicherheit propagiert wurde, ging es über weite Teile der Diskussion darum, wo Deutschland derzeit eigentlich stehe und ob es uns gut oder doch eher schlecht geht, obwohl die Wirtschaft boomt. Während Kramp-Karrenbauer vor allem die wirtschaftliche Kraft erhalten möchte, sah die GRÜNEN-Vorsitzende Katrin Göring-Eckardt bei vielen Punkten Handlungsbedarf und verlangte, die hohen Steuereinnahmen besser zu verteilen. Sie wies auf die hohe Kinderarmut hin, die damit einhergehende Chancenarmut und betonte, dass rund 40 Prozent der Erwerbstätigen seit

Jahren keine Einkommenssteigerungen hatten. So sah es auch Olaf Scholz: »Es ist nicht für alle gut.« Grundsätzlich würde zu viel über die Köpfe der Menschen hinweg geredet. Neben dem Flüchtlingsthema und der Rente (»bleiben beim Eintrittsalter 67 Jahre«) nahm schließlich das Wohnen einen großen Raum in der Diskussion der Politiker ein. Für Göring-Eckardt ist die Frage: »Wie wollen wir wohnen?« die »soziale Frage des nächsten Jahrzehnts«. Am besten ließe sich das Problem lösen, sagte der stellvertretende FDP-Vorsitzende Wolfgang Kubicki, wenn deutlich mehr gebaut würde. »Das nimmt den Druck aus dem Wohnungsmarkt.« Die Mietpreisbremse bezeichnete er als eine »Illusion«.

Die Positionen der Parteien standen danach auf dem ökonomischen Prüfstand und wurden von Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsfor-

schung, und dem Ifo-Instituts-Präsidenten Clemens Fuest auf ihre Wirtschaftlichkeit und ihren Gerechtigkeitsaspekt hin abgeklopft. Während Fuest die Mittelschicht in Deutschland so stark ausgeprägt sieht, dass Verteilungsfragen derzeit nicht im Mittelpunkt stünden, geht es für Fratzscher immer auch um Gerechtigkeit. Über 20 Prozent der Beschäftigten steckten im Niedriglohnsektor fest und deshalb gelte es, den Wohlstand auf eine breitere Basis zu stellen, sagte der Volkswirtschaftler.

Richtig interessant wurde es beim Thema Spitzensteuersatz. Schließlich wird um ihn politisch so gerungen und er ist stark mit dem Thema Gerechtigkeit verbunden. Doch für beide Experten ist eine Veränderung des Steuersatzes an der oberen Einkommensskala eher nebensächlich und nur ein Symbol der Verteilungsgerechtigkeit. Viel entscheidender finden beide die Frage, was am unteren Ende passiert. Beide waren sich einig und forderten Steuersenkungen für Geringverdiener. Das würde sich für viel mehr Menschen auswirken. Fratzscher sieht den Staat auch in der Pflicht, nicht nur für ein Mindestniveau bei Einkommen und Rente zu sorgen, er appellierte, die grundsätzliche Verteilung gerechter anzupacken: »Es wird nur unverteilt, von der jungen zur alten Generation. Das macht mir Sorge.«

Austausch auf Augenhöhe

Wie denkt die sogenannte »junge Generation« über die Themen Gerechtigkeit und Wohlstand? Ist es die ungewisse Rente, die ihr Kopfzerbrechen bereitet? Was beschäftigt sie und welche Lösungen wünscht sie sich von der Politik? Beispielfür diese Generation gaben zwei Jugendliche aus den SOS-Kinderdörfern Auskunft zu diesen Fragen. Die 18-jährige Prisca Sommer lebt seit vielen Jahren in einem SOS-Kinderdorf. Sie hat eine Ausbildung zur Erzieherin begonnen und darf in diesem Jahr zum ersten Mal wählen. Entschie-

den hat sie sich aber noch nicht. Der 16-jährige Jeremias Thiel ist hingegen bereits ein engagiertes SPD-Mitglied, obwohl er noch gar nicht wählen darf. Doch beide haben nicht das Gefühl, dass Politiker sich wirklich für ihre Probleme interessieren: »Sie sollen lieber weniger professionell tun, dafür aktiver nach Lösungen suchen.« Die Distanz sei einfach zu groß, zwischen ihnen, den Jüngeren und den Politikern. »Es gibt keinen Austausch auf Augenhöhe und sie sprechen nicht unsere Sprache«, sagte Prisca Sommer. Jeremias Thiel will das ändern, deshalb ist er schon in der SPD aktiv. Prisca engagiert sich eher in ihrem direkten sozialen Umfeld. Sie ist sich nicht sicher, ob sie im Großen etwas bewirken kann. Beide hoffen, dass die Gesellschaft durchlässiger wird, Aufstiege zulässt.

»Können stolz auf unser Land sein«

Wie es um die innenpolitische Sicherheit bestellt ist, spielt vor allem seit den jüngsten Terroranschlägen



Weltstar mit großem Herz: Klaviervirtuose Lang Lang erklärte, wie er Kindern die Faszination der Musik näherbringt

eine wichtige Rolle in der politischen Diskussion, das Thema nimmt auch im Wahlkampf viel Raum ein. Um das passende Verhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit ging es im Gespräch zwischen ZEIT-Herausgeber Josef Joffe und CDU-Innenminister Thomas de Maizière. Was muss getan werden, damit die Bürger sich sicher fühlen, ohne bürgerliche



»Man muss Position beziehen«, betonte Nicola Leibinger-Kammüller. Das tat die Geschäftsführerin des Maschinenbauunternehmens Trumpf im ZEIT-Gespräch mit Uwe Jean Heuser, Wirtschaftsressortleiter. Vor allem auf der politischen Bühne setzt sie sich für die Interessen des deutschen Mittelstands ein und fordert »mehr Anstrengungen für eine bessere Digitalisierung«.



Für eine lebendige Diskussion und den Zusammenhalt von Religion und Demokratie setzen sich der Erzdiakon der Assyrischen Kirche, Emanuel Youkhana, die Frauenrechtlerin und Rechtsanwältin Seyran Ates sowie der ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland Wolfgang Huber ein (von links). Es moderierte ZEIT-Journalistin Evelyn Finger.

Partner:



Social-Partner:



Förderer:





Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) erläuterte seine Sicht auf die Frage: Was tut der Staat, um die Balance zu halten zwischen Sicherheit und Freiheit der Bürger beim Thema innere Sicherheit?



Hier hat die Jugend das Wort: Jeremias Thiel und Prisca Sommer, die beide in einem SOS-Kinderdorf aufwuchsen, wünschen sich von Politikern, dass diese weniger abgehoben sind. Unterstützt wurden sie vom familienpolitischen Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion Marcus Weinberg (links), es moderierte Manuel Hartung, ZEIT-Ressortleiter Chancen.

Rechte zu beschneiden? Doch zunächst galt es die Frage zu klären, was eigentlich typisch deutsch sei und welche Rechte und Pflichten damit verbunden sind, in der Bundesrepublik zu leben. Gibt es etwas neben Grundgesetz und Sprache, was uns als Deutsche eint? Für de Maizière gehört auch ein gemeinsames geschichtliches Verständnis dazu. »Es ist wichtig, die Teilung und Wiedervereinigung, unsere Mittellage auf der Grenze zwischen West- und Osteuropa zu begreifen. Wir sind ein verspäteter Nationalstaat«, sagte der Jurist und Staatsrechtler. Mit Recht können die Deutschen inzwischen stolz auf ihr Land sein. Dazu gehöre es, bei einem Fußballspiel die deutsche Fahne zu schwenken. Ein reiner

Zukunft gerüstet fühlen würde. Eine prominente Vertreterin ist Nicola Leibinger-Kammüller auf jeden Fall. Die promovierte Philologin führt seit 2005 das Maschinenbau-Unternehmen Trumpf. Mann und Bruder sind ebenfalls in der Geschäftsführung des schwäbischen Familienunternehmens tätig, das rund 12.000 Mitarbeiter beschäftigt. Bei der Diskussion, die unter dem Thema »Wirtschaft, Werte, Wandel« stand, sieht sie es als Vertreterin des Mittelstandes als ihre Pflicht an, sich auch in gesellschaftliche Belange einzumischen: »Man muss Position beziehen«, sagte Leibinger-Kammüller. Das tut sie auch im Unternehmen. In der Finanzkrise setzte sie gegen innerbetrieblichen Wider-

stand durch, dass kein Mitarbeiter entlassen wurde. Werte sind ihr wichtig. Ihr größter Fehler sei es, zu schnell zu urteilen. »Manchmal muss es aber schnell gehen und Entscheidungen getroffen werden«, sagte sie. »Man muss überzeugen, aber dann auch entscheiden. Das gehört zur Führung.« Die Vertraute von Bundeskanzlerin Angela Merkel macht aus ihrer politischen Einstellung kein Geheimnis, aber sie kritisiert die Regierung auch. So vermisste sie vor allem das Thema Digitalisierung im Wahlkampf. Wie kann die digitale Transformation gelingen? Die Frage beschäftigte schließlich fast alle mittelständischen Unternehmen. Hier müsse deutlich mehr und schneller etwas passieren, mahnte die Firmenchefin.

Mit Musik wird alles besser

Besonders war nicht nur die Gästeliste des ZEIT Wirtschaftsforums, beeindruckend auch die Umgebung, in der einen ganzen Tag lang debattiert wurde. Die Bühne bot die Hamburger Hauptkirche St. Michaelis, besser bekannt als Michel. Vom sakralen Bauwerk hin zum

Queen Elizabeth II. gespielt hat, erzählte von seinem Engagement. Er setzt sich persönlich für die Ausbildung und Entwicklung von Kindern ein.

Die Vermittlung von Musik lag Lang Lang immer sehr am Herzen, er gründete vor fast zehn Jahren eine weltweite Stiftung zu deren Förderung. Seit 2013 ist er als UN-Friedensbotschafter mit dem Thema »Global Education« betraut. Sein Rezept: »Nicht mit Druck lernen zu müssen, sondern den Kindern den Spaß an der Musik zu vermitteln.« Er berichtete aus eigener Erfahrung von seinem Vater, der ihn zum Üben zwang (»am Anfang hatte ich immer Heimweh«), aber auch von seiner Mutter, die ihm beibrachte, Musik zu

»Die Gesellschaft stärker mitnehmen«

Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Deutsche Bank AG, Christian Sewing, sprach beim ZEIT Wirtschaftsforum über Wandel und warum Globalisierung dennoch wichtig ist.

Die Welt ist ein wenig aus den Fugen geraten. Wie wirken sich die politischen Verhältnisse auf Ihre Bank aus? Die Unsicherheit ist derzeit groß, umso wichtiger ist es für uns, auf Stabilität zu setzen. Das bedeutet für uns als Bank, dass wir international stark aufgestellt sind. Aber wir müssen mit dem Wandel leben und uns anpassen, lebenslang. Jeder Einzelne ist gefragt. Im Wahlkampf ist das vielleicht nicht ausreichend thematisiert worden und kommt in der öffentlichen Diskussion zu kurz. Obwohl sich viele Parteiprogramme mit dem gesellschaftlichen Wandel beschäftigen.

Ende übrig bleibt. Wir können mit den Regulierungen leben, aber die Restriktionen bei der Kreditvergabe sind teilweise wirklich zu hart. Und wenn die USA hier vorangehen und Regeln wieder lockern, müssen wir das zu gewissen Teilen in Europa übernehmen, sonst haben wir einen Wettbewerbsnachteil.

Müssen wir die Globalisierung sozialer gestalten? Haben wir nicht zu viel Vertrauen in die freien Kräfte des Marktes? Das stimmt, dennoch ist es wichtig,



Vor der barocken Kulisse von St. Michaelis, genannt Michel, setzte die bekannte Violinistin Ji-Hae Park den Schlusspunkt des ZEIT Wirtschaftsforums. In großer roter Robe erreichte die gebürtige Mainzerin koreanischer Herkunft mühelos ihr Ziel: Sie schlug das Publikum in ihren Bann und verzauberte es mit ihrer Violine.



Im munteren Schlagabtausch stellten die Ökonomen Forderungen der Politiker auf den Prüfstand: Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (links), und der Ifo-Instituts-Präsident Clemens Fuest diskutierten, welches Steuersystem zu einer möglichst gerechten Verteilung in der Gesellschaft führt; moderiert hat ZEIT-Journalist Mark Schieritz



Deutsche Bank-Vorstand Christian Sewing will das Vertrauen der Menschen in das Bankensystem wiedergewinnen

Verfassungspatriotismus, der sich nur an den Buchstaben des Gesetzes orientiert, ist für ihn ein »blutleeres Wort«.

»Man muss Position beziehen«

Eine Veranstaltung wie das ZEIT Wirtschaftsforum darf natürlich nicht darauf verzichten, auch dem Mittelstand auf den Zahn zu fühlen, mit welcher Politik er sich für die

stand durch, dass kein Mitarbeiter entlassen wurde.

Werte sind ihr wichtig. Ihr größter Fehler sei es, zu schnell zu urteilen. »Manchmal muss es aber schnell gehen und Entscheidungen getroffen werden«, sagte sie. »Man muss überzeugen, aber dann auch entscheiden. Das gehört zur Führung.« Die Vertraute von Bundeskanzlerin Angela Merkel macht aus

Barockkomponisten Johann Sebastian Bach war es dann kein weiter Weg mehr. Für eine Interpretation eines klassischen Bachstückes von der Kirchenorganistin gab es nur Lob von einem, der sich wahrlich auskennt: Lang Lang, Weltstar der klassischen Musik, kam zu Besuch in den Michel. Der Klaviervirtuose, der schon für US-Präsident Barack Obama, Papst Franziskus und

fühlen und zu spüren. Ihr Einfluss und der eines Lehrers haben ihn dahin gebracht, wo er heute steht. Talent zu haben sei wichtig, sagte er. Disziplin auch, viel entscheidender aber ist, das, was man tut, mit Leidenschaft zu betreiben. Dann wird man glücklich, so Lang Langs Erfolgsformel. Wie kann der Weg in eine erfolgreiche Zukunft besser beginnen?

Wandel kann aber auch Gefahr bedeuten. Wir sehen, wie radikale Kräfte und Populisten an die Macht kommen und daran tragen die Banken eine Teilschuld. Wir waren vor der Finanzkrise zu kurzfristig orientiert. Die Menschen haben das System nicht mehr verstanden, und das hat ihr Vertrauen erschüttert.

In den USA hat Präsident Trump angekündigt, die Regulierung des Finanzsystems wieder zurückzudrehen. Mal sehen, was von diesen Ankündigungen am

die Globalisierung voranzutreiben. Aber gleichzeitig heißt das für uns, aus den vorangegangenen negativen Erfahrungen zu lernen. Die Gesellschaft muss teilhaben an diesem Prozess. Das gilt für jeden Einzelnen. Dafür sind Institute, Verbände, aber auch wir, die Deutsche Bank, verantwortlich. Wir dürfen niemanden außen vor lassen.

Chefsache-Award: Aufforderung zum Handeln

Zum zweiten Mal wurde im Rahmen des ZEIT Wirtschaftsforums der Chefsache-Award vergeben. Gewonnen hat ihn das Berliner Start-up Tandemploy. Es wurde ausgezeichnet für sein Produkt, eine Jobsharing-Plattform. Hier können Interessierte nach Gleichgesinnten suchen, mit denen sie sich gemeinsam auf eine Stelle bewerben wollen. Ungefähr 5.000 Bewerber und 70 Firmen nutzen bereits die Software und das Portal. Verliehen wurde der Preis von der Direktorin des Max-Planck-Instituts für Kognitions- und Neurowissenschaften Leipzig, Prof. Dr. Angela Friederici. Sie übergab den Award an Rico Nuguid von Tandemploy. In der Begründung der Jury heißt es: »Alle sprechen über die Notwendigkeit, Arbeit flexibler und familiengerechter zu gestalten. Tandemploy schafft eine marktgerechte, praktikable Lösung für dieses Thema und ist mit seinem Angebot wegweisend für den Arbeitsmarkt der Zukunft.« Das Angebot der Online-Plattform richtet sich an alle, die anders arbeiten wollen. Flexibel, ohne feste 40-Stunden-Woche. Das leben die beiden Geschäftsführerinnen in eigenen Unternehmen längst vor. »Sie arbeiten häufig zu ganz unterschiedlichen Zeiten. Das funktioniert problemlos, da die Absprachen stimmen«, sagt Rico Nuguid.

»Wir passen das Arbeitsmodell an das Lebensmodell des Mitarbeiters an.«

Nach dem Motto »Wandel gestalten – für Frauen und Männer« setzt sich das Netzwerk Chefsache für ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis in Führungspositionen ein. Treibende Kräfte der Initiative sind Geschäftsführer und Vorstände von Unternehmen wie BASF, Bayer und Bosch, aber auch öffentliche Einrichtungen, wie das Verteidigungsministerium, die Fraunhofer-Wissenschaftsinstitute sowie Medienpartner wie Google und DIE ZEIT. Als prominente Schirmherrin konnte Bundeskanzlerin Angela Merkel gewonnen werden. Der Name der Initiative ist zugleich ihr Programm: Die obersten Führungskräfte der Initiativmitglieder haben das Thema Chancengleichheit ganz oben auf ihre persönliche Agenda gesetzt. Damit will man das Bewusstsein dafür schärfen, wie tief verankerte Rollenbilder das Kommunikations- und Entscheidungsverhalten in Wirtschaft und Gesellschaft bestimmen. Noch gibt es besonders wenig Frauen in Führungspositionen. In den Vorständen der 200 größten deutschen Unternehmen beträgt das Verhältnis Männer zu Frauen noch 18 zu 1. Ob »Chef« oder »Chefin« wird aber zukünftig auf dem Arbeitsmarkt hoffentlich keine Rolle mehr spielen.



Wo sonst Gottesdienste und Konzerte stattfinden, lauschten die Zuschauer dieses Mal gesellschaftspolitischen Themen



Kooperationspartner Volkswagen stellte Limousinen zur Verfügung, um die Diskussionsteilnehmer ans Ziel zu bringen



Eingerahmt wird der lachende Gewinner des Chefsache-Awards, Rico Nuguid vom Berliner Start-up Tandemploy, von den Jurymitgliedern Bernhard Beck, Personalvorstand EnBW Energie Baden-Württemberg, Nora-Vanessa Wohiert, Gründerin EDITION F, Hartmut Klusik, Personalvorstand Bayer, und der Direktorin und Vizepräsidentin der Max-Planck-Gesellschaft Angela Friederici (v. l.)

Förderer-Resilienz:



Medienpartner:



Eine Veranstaltung von:

